

Hannover, 5. Dezember 2013

„Lieber, lieber Nikolaus, bitte hilf’ dem Hohen Haus!“

Protestaktion der GEW Niedersachsen am 10. 12. 2013 gegen die Arbeitszeitverlängerung und für bessere Berufschancen für den Nachwuchs

Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes steht noch aus

Mit Hilfe des Nikolaus wird die GEW Niedersachsen am Dienstag, d. 10.12.2013 von 14.30 – 16.30 Uhr die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages auf ihre Verantwortung für die Bedingungen an den Schulen erinnern.

Vor Beginn der abschließenden Haushaltsberatungen will die GEW die Abgeordneten der Regierungsfractionen mit den Auswirkungen der Arbeitszeitverlängerung auf die Lehrkräfte und die Bedingungen an den Schulen konfrontieren. Insbesondere setzt sich die GEW für die Sicherung der Berufschancen des Berufsnachwuchses ein.

Die GEW wird dabei in der Vorweihnachtszeit vom Nikolaus unterstützt, der je nachdem Geschenke verteilen oder mit der Rute drohen wird.

Der Nikolaus freut sich schon auf die Gespräche mit den von der GEW eingeladenen Abgeordneten der Regierungsfractionen. Ganz besonders erwartet er den Finanzminister.

Wir laden die Vertreter der Medien sehr herzlich ein, an der Aktion teilzunehmen. Näheres ist dem angehängten Plakat zu entnehmen.

Ansprechpartner bei der GEW ist **Rüdiger Heitefaut (0171-3537529)**.

Hintergrund:

Die niedersächsische Landesregierung hat im Rahmen der Haushaltsklausur im Juli 2013 beschlossen, die Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrkräfte um eine Unterrichtsstunde auf 24,5 Stunden zum Schuljahr 2014/15 zu erhöhen.

Weiterhin wurde die vorgesehene Altersermäßigung von einer Stunde ab dem 55. Lebensjahr und einer zweiten Stunde ab Vollendung des 60. Lebensjahres für alle Lehrkräfte ausgesetzt, obwohl dies auf einer Zusage der ehemaligen SPD-Landesregierung unter Gabriel beruhte.

Von der Arbeitszeitverlängerung sind ca. 20.000 Lehrkräfte der Gymnasien, Kooperativen Gesamtschulen und der Beruflichen Gymnasien betroffen sowie ca. 30.000 Lehrkräfte im Alter ab 55.

Beide Maßnahmen stellen eine Arbeitszeitverlängerung dar und mindern die Einstellungschancen des Berufsnachwuchses erheblich. Die Arbeitszeitverlängerung verhindert ca. 2.000 Neueinstellungen.

Der Protest gegen die Arbeitszeitverlängerung für Lehrkräfte dauert seit Juli 2013 an. So haben am 29. August 10.000 Lehrkräfte in Hannover demonstriert.

Bemerkenswert ist, dass auch Schülerinnen und Schüler sowie Eltern die Forderungen der GEW und der Lehrkräfte unterstützen.

Die GEW nimmt die Landtagsberatungen zum Haushalt zum Anlass, gegen die Arbeitszeiterhöhung und das Aussetzen der Altersermäßigung zu protestieren.

Für 2014 sind weitere Maßnahmen in Vorbereitung.

Gleichermaßen setzt sich die GEW für die Einstellungschancen des Berufsnachwuchses und die Wiedereinführung eines Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte ein.

Verantwortlich: Rüdiger Heitefaut